

Bouffiers Rolle bleibt nebulös

Illegaler Gewahrsam: Mögliche Verstrickung des Ministerpräsidenten bleibt ungeklärt

VON PETRA WETTLAUFER-POHL

WIESBADEN. Der Fall des im Mai 2006 zu Unrecht für vier Tage inhaftierten Gießener Anarchisten Jörg Bergstedt wird die Landespolitik weiter beschäftigen. Gestern bestätigte Innenminister Boris Rhein (CDU) im Innenausschuss des Landtages, dass es wenige Tage vor der illegalen Ingewahrsamnahme des 47-jährigen ein Treffen der führenden Polizeibeamten Hessens im Innenministerium gegeben habe. Dort sei es aber nicht um Bergstedt, sondern um „politisch motivierte Protopagandadaten“ in Gießen und den Schutz des dort wohnenden damaligen Innenministers Volker Bouffier (CDU) gegangen. Es handelte sich unter anderem um Farbschmierereien an der Kanzlei, in der Bouffier zuvor tätig war. Man habe



Anarchist Jörg Bergstedt: Seine illegale Ingewahrsamnahme setzt die Landesregierung unter Druck.
Foto: Wegst/Archiv/nh

beim Polizeipräsidium Mittel-

hessen gelegen, so der Minister.

Die SPD hatte Näheres dazu erfahren wollen, da sie vermutet, Bouffier, der immer wieder Ziel von Aktionen des Politaktivisten war, könnte ebenfalls mit der Inhaftierung Bergstedts zu tun gehabt haben. Diese war 2007 vom Oberlandesgericht für rechtswidrig erklärt worden, denn Bergstedt war, als es erneut zu Farbschmierereien kam, vom MEK an einem anderen Ort observiert worden. Sämtliche Ermittlungsverfahren gegen beteiligte Beamte wurden jedoch eingestellt.

Das Treffen im Ministerium war durch einen Bericht der „Frankfurter Rundschau“ bekannt geworden, der sich auf neue Angaben von Bergstedts Anwalt stützt. Laut Rhein ist die Staatsanwaltschaft über das Treffen informiert, also sei

es bekannt. Diese Deutung ist nach Ansicht der Abgeordneten Nancy Faeser (SPD), Jürgen Frömmrich (Grüne) und Heribert Schaus (Linke) unerhört. Die SPD versucht laut Faeser seit über einem Jahr Informationen über die Verantwortung für die Geschehnisse im Mai 2006 zu erlangen. Niemals sei von einem solchen Treffen die Rede gewesen. Rhein meinte, die SPD habe nie danach gefragt. Weitere Fragen könne er derzeit nicht beantworten, da nicht alle Akten ausgewertet seien. Der mehrfach gestellten Frage nach der Rolle Bouffiers wichen Rhein aus.

CDU und FDP warfen der Opposition vor, der verlängerte Arm Bergstedts zu sein. Frömmrich kontierte, es dürfe niemand eingesperrt werden, „weil er den Innenminister nervt“.

KOMMENTAR

Kommentar Spiel auf Zeit



Petra Wettaufer-Pohl über den Fall Bergstedt

Die viertägige Inhaftierung des Politaktivisten Bergstedt liegt Jahre zurück. Doch die Frage, wie es damals dazu kommen konnte, dass der 47-jährige hinter Gitter wanderte, ist bis heute ungeklärt. Denn die ihm zur Last gelegten Taten an jenem Abend konnte er gar nicht begangen haben. CDU und FDP behaupten nun, der Rechtsstaat habe sich bewahrt, weil der Vorgang als rechtswidrig eingestuft wurde. Doch das ist leider nur die halbe Wahrheit: Die Verantwortlichen für diese rechtswidrige Maßnahme sind bis heute nicht bekannt.

Es ist nicht lebensfern zu vermuten, dass die Polizei dem Spuk in Gießen ein Ende machen wollte - ob mit Wisens des damaligen Innenministers Volker Bouffier oder nicht. Es handelt sich bei Bergstedt nicht um den ange-nehmsten Zeitgenossen. Das darf aber kein Grund sein, rechtsstaatliche Prinzipien über Bord zu werfen. Das wird ihm in die Hände spielen. Innenminister Boris Rhein, der neue Frankfurter OB-Kandidat, spielt offensichtlich auf senshaften seines Vorgängers Bouffier längst überdrüssig sein. Doch so lange er im Amt ist, wird er sich damit befassen müssen.

So erreichen Sie die
Regionredaktion:
Jürgen Umbach
Tel.: 0561 - 203 1409
Fax: 0561 - 203 2406
E-Mail: regionredaktion@hna.de

Hessen
kompakt



Wild gewordener Keiler greift wieder an

Erneut hat ein wild gewordener Keiler in Südhessen zehn Minuten lang zwei Radfahrer angegriffen und sich in die Sattelstaschen verbißen. Der 69 Jahre alte Mann und die 63 Jahre alte Frau blieben aber unverletzt. Bei Attacken in der vergangenen Woche hatte vermutlich dasselbe Wildschwein zwei Spaziergänger verletzt. (lhe)

BAD HOMBURG

Angeklagte Beamtin schweigt zu Vorwurf

Im Untreueprozess gegen eine frühere Bedienstete des Landratsamts Hochtaunuskreis in Bad Homburg hat die 46-jährige überraschend eine Aussage verweigert. Die Frau muss sich vor dem Landgericht Frankfurt wegen Urkundenfälschung, Untreue und Betrug in 522 Fällen verantworten. Bei der Polizei hatte sie die Taten gestanden.

HNA-WR-HP-S 21 - V2